

Arbeiter-Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Bullerjahr freigesprochen!

Ein Sieg über das Reichsgericht

Unmittelbar vor Redaktionsschluß erhalten wir die Meldung, daß das Reichsgericht heute mittag unter Aufhebung des Urteils vom 11. Dezember 1925 den Freispruch Bullerjahns auf Kosten der Reichskasse verkündet hat.

Nähere Nachrichten, insbesondere über die Begründung dieses freisprechenden Urteils, fehlen noch. Trotzdem kann schon jetzt gesagt werden, daß diese Entscheidung des Reichsgerichts von Millionen Menschen begrüßt werden wird. Hier ging es nicht mehr um das Schicksal eines einzelnen, sondern die Sache Bullerjahns war zu einem Symbol der deutschen Justiz, insbesondere der unerhörten Rechtsprechung in „Landesverratsangelegenheiten“, geworden. Darum interessierte sich die breitesten Öffentlichkeit weit über Deutschlands Grenzen hinaus für diesen Fall.

Ein langer, mühsamer Weg war bis zu diesem Freispruch zurückzulegen. Jahr und Jahre hindurch bemüht sich mit der deutschen Liga für Menschenrechte die besten sozialistischen Anwälte Deutschlands um die Sache Bullerjahr. Paul Levi hat die ersten Erfolge für das Wiederaufnahmeverfahren erzielt; unser Genosse Kurt Rosenfeld hat dann endlich die Haftentlassung Bullerjahns und die Neuaufrollung des ganzen Prozesses erreicht. Aber auch damit war noch längst nicht alles getan. Das Verhalten der Reichsanwaltschaft in diesem neuen Prozeß hat bewiesen, daß wiederum die Absicht bestand, Bullerjahr zu einer hohen Zuchthausstrafe zu verurteilen. Wenn dies nicht geschehen ist, wenn das Gericht zu einem Freispruch kommen mußte, so ist dies — das dürfen wir ohne jeden Personenkult sagen — in erster Linie der Ver-

teidigung Bullerjahns, dem Genossen Rosenfeld, zu danken.

Ein bedeutsamer Sieg über das Reichsgericht, über die deutsche Klassenjustiz ist erreicht worden. Bullerjahr ist in Freiheit — aber Tausende und aber Tausende politischer Gefangener, klassenbewußter Proletarier, füllen die deutschen Gefängnisse und Zuchthäuser. Darum ist der Erfolg in Sachen Bullerjahr ein Ansporn und eine Verpflichtung für uns, den Kampf für die Befreiung aller politischen Gefangenen aus den Reihen des Proletariats mit verstärkter Kraft fortzusetzen. Dieser Kampf wird allerdings nicht vor dem Reichsgericht ausgetragen werden — er ist zu führen vor dem Tribunal der Weltgeschichte und wird erst enden mit dem Sieg der proletarischen Revolution!

Klassenkampf gegen Völkerkrieg!

Der Sozialistische Schulzbund Dresden (Dresden-A 1, Jakobs-gasse 3) bringt soben eine ausgezeichnete Broschüre „Schafft die Klassenfront!“ heraus. Wir veröffentlichen aus dieser Schrift einen Abschnitt, der in dem Augenblick, in dem in Deutschland die Regierung Schleicher ans Ruder kommt, besonders aktuell ist.

Wer den Krieg für immer unmöglich machen will, der darf nicht der Volksgemeinschaft das Wort reden, darf sich nie mißbrauchen lassen, die Regierungsgeschäfte der herrschenden Klasse zu besorgen durch Teilnahme oder Tolerierung bürgerlicher Regierungen. Wer wie unsere Reformisten im Frieden mit der eigenen Bourgeoisie in Arbeitsgemeinschaften und Koalitionsregierungen zusammensitzt, der ist und bleibt ihr Gefangener auch während des Krieges. Wer Kriege für immer unmöglich machen will, der muß dem Kapitalismus den Krieg erklären, der muß fähig, in ständiger Gelegenheit am Schopfe fassen, um den unversöhnlichsten Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ins Bewußtsein der Arbeiterklasse zu hämmern, der muß mit Hand anlegen zur Organisation der proletarischen Revolution. Und wenn trotz dieser Bemühungen die herrschende Klasse ein Kriegsabenteuer entfesselt, dann muß jeder Arbeiter für

„schleunigste Beendigung des Krieges mit allen Mitteln kämpfen und gleichzeitig mit allen Kräften dahinstreben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Be-seitigung der kapitalistischen Klassenherr-schaft beschleunigen zu helfen.“

An der Niederschrift dieses Beschlusses des internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart 1907 hat August Bebel neben Lenin und Rosa Luxemburg mitgewirkt. Karl Liebknecht hat diesen Beschluß befolgt, als er im Dezember 1914 den Burgfrieden zwischen Sozialdemokratie und Kaiser gebrochen und der eigenen Bourgeoisie den Krieg erklärte, wie August Bebel und Wilhelm Liebknecht dies im Kriege 1870/71 getan hatten.

Die Neuaufteilung der Welt durch den Frieden von 1919 hat die Befriedung nicht gebracht. Die Niedergangskrise des Kapitalismus vertieft die offen gelassenen Gegensätze zwischen den imperialistischen Räuber-staaten untereinander, sowie den Haupt-gegensatz zwischen der imperialistischen Welt und Rußland.

Die ganze Welt — der neudeutsche Imperialismus nicht ausgenommen — rüstet zum nächsten Kriege! Trotz der Friedenslügerei der Regierungen wachsen die Militärausgaben der kapitalistischen Staaten. Die Kriegsindustrie, die technische Vervollkommenung der Kriegsmaschinerie, die Mobilisierung der Menschen im Hinterland, die Vermehrung der Flugstreitkräfte, die Explosivkraft der Bomben, die Schußweite der Artillerie, die Sprengwirkung der Granaten, der Radius der Flammenwerfer, die Wirkung neuer Gase, der bakteriologische Krieg zur Verbreitung ansteckender Krankheiten hinter der Front des Gegners nehmen enorme Ausdehnung an. Seit 1918 sind die Waffen und Kampfmittel unendlich vermehrt und verbessert worden. Im Kriege der Zukunft werden aber nicht nur die Taten des „gottbegnadeten Feldherrn“, die Tapferkeit und technische Ausrüstung der Truppen, sondern die Vorbereitung aller wirtschaftlichen Kräfte für die Kriegführung von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Es gibt wohl kaum ein Land, in dem nicht die wirtschaftliche Mobilisierung des Zukunftskrieges im größten Maßstabe vorbereitet wird. Da sind festzustellen die Umstellungsmöglichkeiten der Fabriken von der normalen Friedensauf- der Kriegsindustrie; da steht der Neubau von Fabriken und die Rationalisierung der Be-

Schleicher bei der Kabinettsbildung

Berlin, 3. Dezember.

Der Auftrag, den der Reichspräsident am Freitag mittag dem General v. Schleicher zur Regierungsbildung gegeben hat, ist auch den gut informierten politischen Kreisen etwas überraschend gekommen. Man rechnete im letzten Stadium der Krise allgemein mit einer Wiederbetragung Papens. Auch der Reichspräsident hatte die feste Absicht, wiederum Papen zur Bildung einer Präsidial-regierung zu berufen. Wie man jetzt erfährt, ist die Wendung in letzter Stunde durch die Haltung einer Reihe bisheriger Minister herbeigeführt worden. Diese engsten Mitarbeiter Papens erklärten, daß auch ihnen ein Kabinettpapen untragbar erscheine. Daraufhin beauftragte der Reichspräsident „unter Zurückstellung persönlicher Bedenken“ den Reichswehrminister von Schleicher.

Auf der Ministersuche

Schleicher ist nun eifrig dabei, seine Ministerliste zusammenzustellen. Die Besetzung der eigentlich politischen Ministerien scheint bereits festzustehen. Das Reichswehrministerium wird Schleicher auf seinen ausdrücklichen Wunsch, entgegen den Bedenken, die insbesondere vom Außenminister v. Neurath vorgebracht worden sind, neben dem Reichskanzler behalten. Er vereinigt damit in seiner Hand, auch nach außen sichtbar, eine Machtfülle, wie sie noch kein deutscher Reichskanzler besessen hat. Reichsaußenminister soll wiederum Freiherr v. Neurath werden. Für das Reichsinnenministerium ist Dr. Bracht, der bisherige stellvertretende Reichskommissar für Preußen, vorgesehen. Im Reichsfinanzministerium verbleibt Graf Schwerin von Krosigk, im Reichsjustizministerium Dr. Gürtner und im Ministerium für Verkehr und Post Herr Eltz von Rübena. h.

Ungeklärt ist hingegen zur Stunde noch die Besetzung des Wirtschaftsministeriums, des Arbeitsministeriums und des Ernährungsministeriums. Für diese drei Ministerien, deren Arbeit von entscheidender Bedeutung sein wird, sind noch nicht die geeigneten Männer gefunden. Der neue Reichskanzler will offenbar versuchen, wirtschafts- und sozialpolitische Aufgaben in den Vordergrund seiner Politik zu rücken und hierfür die Unterstützung von Massenorganisationen in möglichst breiter Front zu gewinnen. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Schleicher am Freitag erneut den Führer des ADGB, Theodor Leipart, zu einer Besprechung empfangen hat.

Frieden mit dem Reichstag?

Gegenüber den Aufgaben auf wirtschaftlichem Gebiet scheint Schleicher die Absicht zu haben, die Pläne zur Verfassungs- und Reichsreform mehr in den Hintergrund treten zu lassen. Er weiß sicher gut genug, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind und daß bei der gegenwärtigen Machtverteilung in Deutschland die Aenderung der geschriebenen Verfassung nicht die vordringlichste Aufgabe der herrschenden Klasse ist. Schleicher sieht die Schwierigkeiten, die seiner Regierung in den nächsten Wintermonaten drohen, und scheint daher zu wünschen, nicht so dringende Konflikte zu vermeiden. Daher hegt er auch noch wie vor den Wunsch, mit dem Reichstag in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Praktisch soll sich das so abspielen, daß eine Reichstagsmehrheit freiwillig einer längeren Vertagung und damit Ausschaltung des Parlamentes zustimmt.

Von der Erreichung dieses Zieles ist Schleicher allerdings noch weit entfernt. Die Nationalsozialisten erklären offiziell, daß eine Tolerierung eines Kabinetts Schleicher für sie nicht in Frage komme. Trotzdem setzt Schleicher seine Bemühungen, die Nationalsozialisten versöhnlicher zu stimmen, auf den verschiedensten Wegen fort. Auf der anderen Seite erklärt für die Sozialdemokratie der Fraktionsführer Breit-scheid im „Vorwärts“ vom Sonnabend früh, daß die SPD auch zu einem Kabinettschleicher in Opposition stehen werde. Schleicher gibt aber auch hier die Hoffnung nicht auf. Die bisherigen Verhandlungen mit Leipart haben in ihm den Glauben erweckt, daß es doch noch möglich sein werde, über die Gewerkschaften eine andere Haltung der Sozialdemokratie zu erreichen.

Was wird in Preußen?

Ungeklärt ist auch noch die weitere Entwicklung der politischen Situation in Preußen. Es scheint die Absicht zu bestehen, Preußen als Köder für die NSDAP zu benutzen und ihr für den Fall einer Unterstützung des Kabinetts Schleicher das preußische Ministerpräsidium in Aussicht zu stellen.

Die eiserne Faust in Samthandschuhen

In der bürgerlichen Presse, insbesondere auch in der Zentrums Presse, findet die Berufung Schleichers eine ziemlich günstige Beurteilung. Während man von einem Kampfkabinettpapen sprach, schreibt man jetzt allgemein von einem Versöhnungskabinettschleicher. Für die klassenbewußte Arbeiterschaft kann eine solche Beurteilung natürlich auf keinen Fall in

Frage kommen. Aber auch sonst dürfte diese Bezeichnung sehr wenig am Platze sein. Wenn die jetzigen Bemühungen Schleichers, seinem Kabinetts eine Art Bewährungsfrist zu verschaffen, gescheitert sein werden, dann wird dieser Kanzler bestimmt seine ganze Macht im Kampf gegen Parlament und demokratische Rechte einsetzen. Viel richtiger als die Urteile der deutschen Presse scheint uns die Haltung großer ausländischer Zeitungen, die feststellen, daß die Berufung eines Generals an die Spitze der deutschen Regierung Unbehagen und Mißtrauen hervorgerufen müsse. Das Regime Schleicher sei eine Diktatur, die charakterisiert sei durch eine eiserne Faust in Samthandschuhen.

Kampf!

Für die deutsche Arbeiterklasse kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, welche Haltung sie zu einem von Schleicher geführten Kabinetts einzunehmen hat. Sie muß einer solchen Regierung den schärfsten Kampf ansagen. Das bedeutet aber nicht, daß sich die Arbeiterklasse, wie es die sozialdemokratischen Führer wünschen, mit oppositioneller Haltung in einem Parlament zufrieden geben kann. Der parlamentarische „Kampfhoden“ wird auch, und gerade unter einem Kabinettschleicher, nicht ausschlaggebend sein. Entscheidend ist die Bildung der außerparlamentarischen Kampffront der Arbeiterklasse. Für dieses Ziel muß in allen Betrieben, an allen Stempelstellen und in allen proletarischen Massenorganisationen die Arbeit verstärkt und beschleunigt werden, für dieses Ziel des einheitlichen revolutionären Widerstandes der Arbeiterklasse muß auch die Sozialistische Arbeiterpartei an allen Orten ihre ganze Kraft einsetzen!

Blaue Bohnen gegen Arbeitslose!

WTB. Gevelsberg, 3. Dezember.

Als Protestaktion gegen verkürzte Unterstützungsätze veranstalteten Arbeitslose am Freitag wiederholt Straßenkundgebungen. In einem Demonstrationszug, der von der Polizei mit dem Gummiknüppel und schließlich unter Gebrauch der Schußwaffe aufgelöst werden mußte, wurden auch Kinder mitgeführt. Drei Personen wurden verletzt.

Tarnow berichtigt

Und — bestätigt die von Papen in ihm gesetzten Erwartungen

Die Rede Tarnows auf der ADGB-Tagung am 18. Oktober wurde bekanntlich von allen Parteien sehr beachtet, weil er dem Papenprogramm „eine Chance geben“ will. Das heißt, der ADGB will, statt dagegen zu kämpfen, passiv abwarten, was bei der Durchführung dieses Programms herauskommt. Papen hatte dieses Bekenntnis Tarnows mit Freuden aufgenommen und — wie Papen in seiner Rede auf dem Handwerkerkongress zum Ausdruck brachte — darin mit Recht eine, zum mindesten indirekte, Unterstützung seines Wirtschaftsprogramms gesehen.

Daß Papen mit dieser Auffassung nicht allein stand, sondern daß dies die einzige mögliche Auslegung der Rede Tarnows ist, zeigte auch das „Berliner Tageblatt“, das schrieb:

„Nach der Erklärung Tarnows, man wolle dem Wirtschaftplan des Papen-Regierung eine Chance geben, ist bereits deutlich geworden, daß man jetzt Arbeitskämpfe möglichst vermeiden will.“

Die Politik der ADGB-Führer in den letzten Wochen, besonders beim Berliner Verkehrsarbeiterstreik, beweist, wie richtig das „BT“ gesehen hat.

Aber diese dokumentarischen Feststellungen der bürgerlichen Presse und besonders die für einen Gewerkschaftsführer kompromittierende Rede Papens, ist Tarnow höchlich unangenehm. Allzu deutlich ersehen hieraus die Arbeitermassen, wohin die ADGB-Politik führt. Um diesen schlechten Eindruck zu verwischen, bringt Tarnow (allerdings nicht mit seinem Namen gezeichnet) in der „Holzwerker-Zeitung“ vom 26. November: „Eine notwendige Richtigtstellung“.

Aber ach — hätte er lieber geschwiegen! Denn in seiner „Richtigtstellung“, wo er zu beweisen glaubt, daß Papen, das „Berliner Tageblatt“ u. a. ihn ganz falsch verstanden hätten, bestätigt Tarnow nur die Richtigkeit der Auslegung Papens. Tarnow schreibt:

„Herr v. Papen hat daraus (aus Tarnows Rede) die Hoffnung geschöpft, daß mit jener Erklärung nicht nur ein passives Abwarten und Beiseitestehen ausgedrückt werden sollte, sondern ... usw.“

Und nach diesem Bekenntnis zitiert Tarnow u. a. folgende Stelle aus seiner Rede:

„Aber wenn wir in bezug auf den Erfolg auch nicht so hoffungslos gestimmt sind wie die Reichsregierung, so sind wir doch bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungsplans die Chance zuzuhilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. (Von Tarnow gesprochen.) ... Wenn der Plan nicht den Erfolg bringen sollte, den seine Väter in Aussicht gestellt haben, dann wird nicht Schadenfreude unser Gefühl sein, sondern tiefe Trauer um die zerstörten Hoffnungen bei den Arbeitslosen und Bitterkeit darüber, daß ein großer Aufwand nutzlos veran worden ist.“

Nun, oder besser, dreist, fragt anschließend hieran Tarnow: „Welcher Arbeiter oder Arbeitslose könnte dagegen etwas einwenden?“

Sehr viel, Herr Tarnow! Jedes Wort dieser Sätze der überhöhten Anbiederung mit Empörung abgelehnt werden. Tarnow schreibt selbst, daß die Gewerkschaften „passiv abwarten und beiseite stehen“ wollen. Nun, in dem Augenblick des allerschlimmsten Angriffs auf die Arbeiterklasse — und das ganze Papen-Wirtschaftsprogramm in allen seinen Teilen ist ein einziger Angriff gegen die Arbeiterklasse — „passiv beiseite stehen“, das heißt den Klassengegner offen zu unterstützen und die Arbeiterinteressen preiszugeben.

Darum geht es. Und deshalb im Interesse der Arbeiter und Gewerkschaften schärfsten Kampfes gegen Tarnow vertretenen ADGB-Politik.

Unerfüllte Voraussetzungen des Sozialismus

Von J. Walcher

V

Die „Verankerung der Räte in der Verfassung“

Wenn 1918/19 jemand auf die absurde Idee verfallen wäre, eine „Verankerung“ der Revolution in der Konterrevolution vorzuschlagen, so wäre er wohl von niemandem ernst genommen worden. Aber die viel gepriesene „Verankerung der Räte in der Verfassung“ läuft schließlich auf das gleiche hinaus.

Auf dem Parteitag der USPD, der vom 2. bis 6. März 1919 stattgefunden hat, sind die nächsten Aufgaben der USPD unter Ziffer I wie folgt formuliert worden:

„Einordnung des Rätensystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben.“

Diese Formulierung beweist, daß die führenden Kreise der USPD von den Räten eine ganz unteile und verschwommene Vorstellung hatten. Sie waren sich noch nicht bewußt, daß die Räte Organe der Revolution sind, wie andererseits die Nationalversammlung das Organ der Konterrevolution war. Für die USPD waren Räte und Nationalversammlung keine sich gegenseitig ausschließende Gegensätze. Nach ihrer Vorstellung konnten die politischen Arbeiter, etwa so wie die gesetzlichen Betriebsräte, einen Bestandteil der Verfassung bilden. Dabei ist die Verankerung der Räte in der Verfassung“ der schon einmal erwähnte „Geschichtsschreiber“ der USPD, Eugen Pinger, hat in einer Polemik gegen die SPD, die gegen die Räte und für die Nationalversammlung eintrat, den Standpunkt der USPD folgendermaßen formuliert:

„Die USPD dagegen forderte, Demokratie und Rätensystem sollten nicht als Gegensätze aufgelöst werden, sondern das Rätensystem, als die Organisation der werktätigen und produzierenden Bevölkerung, würde die wahre demokratische Verfassung des Landes sein.“

Prager wollte damit nicht etwa darlegen, daß die Räte im Gegensatz zur Nationalversammlung die wahre Demokratie gewährleisten und daß folglich die Arbeiterschaft die Nationalversammlung ablehnen muß. Er wollte im Gegenteil beweisen, daß sich Beides sehr wohl vereinbaren lasse. Auch in dieser Frage wurde die revolutionäre Auffassung von Rosa Luxemburg vertreten. Sie schrieb in der „Roten Fahne“ vom 29. November:

„Zwei Standpunkte allein sind in dieser Frage wie in allen anderen möglich. Entweder will man die Nationalversammlung als ein Mittel, das Proletariat um seine Macht zu prellen, seine Klassenenergie zu paralysieren, seine sozialistischen Endziele in blauen Dunst aufzulösen. Oder man will die ganze Macht in die Hände des Proletariats legen, die begonnene Revolution zum gewaltigen Klassenkampf um die sozialistische Gesellschaftsordnung entfalten und zu diesem Zwecke die politische Herrschaft der großen Masse der Arbeitenden die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte errichten. Für oder gegen den Sozialismus, gegen oder für die Nationalversammlung. Ein Drittes gibt es nicht. Die Unabhängige Partei bemüht sich auch hier krampfhaft, Berg und Tal zusammenzubringen, Feuer und Wasser im Namen der „Einigkeit“ zu vereinen.“

Der weitere geschichtliche Verlauf hat bewiesen, daß es in der Tat nur ein Entweder — Oder gibt. Mit dem Sieg der Konterrevolution waren die Existenzbedingungen der Räte vernichtet. Arbeiterräte sind Organe der Revolution und als solche mit dieser unlöslich verbunden. Sie sind daher auch nur in einer akut revolutionären Situation lebensfähig. Wo Räte ohne Zusammenhang mit der proletarischen Revolution gebildet oder gar in der Verfassung „verankert“ wurden, da verwandelten sie sich unvermeidlich in eine Parodie auf wirkliche Räte.

Die gesetzlichen Betriebsräte, die Robert Dismann einmal treffend „Beschwichtigungsräte“ nannte, sind nur als eine höhere Stufe der früheren Arbeiterausschüsse zu bewerten und haben mit den politischen Arbeiterräten nichts gemein als den Namen.

In den von Lenin verfaßten Leitsätzen des II. Kongresses der Kommunistischen Internationale über die „Bedingung der Bildung von Arbeiterräten“ wird der Versuch, die Räte in das allgemein bürgerlich-demokratische Verfassungssystem einzufügen, als eine Irreführung der Arbeiter und als objektiver Verrat an der Arbeiterschaft bezeichnet.

„Denn wirkliche Räte sind nur als Form der Staatsorganisation möglich, die die bürgerliche Demokratie ablöst, sie zerschmettert und durch eine Arbeiterdiktatur ersetzt.“

Auch in „der Propaganda des rechten Flügels der Unabhängigen (Hilfing, Kautsky u. a.), die dahin gerichtet ist, die Vereinbarkeit des Räte-Systems mit einer bürgerlichen Nationalversammlung zu beweisen“, offenbart sich nach Lenin bestenfalls „ein völliger Mangel an Verständnis für die Entwicklungsgesetze der proletarischen Revolution“.

„Räte bedeuten die Diktatur des Proletariats. Die Nationalversammlung bedeutet die Diktatur der Bourgeoisie. Es ist unmöglich, die Diktatur der Arbeiter mit der Diktatur der Bourgeoisie zu versöhnen.“

Es liegt auf der Hand, daß ein so schwerwiegender Irrtum, wie er in der Parole „Verankerung der Räte in der Verfassung“ zum Ausdruck kommt, nur möglich war, weil in den führenden Kreisen der USPD über die Grundfragen der proletarischen Revolution eine gefährliche Unklarheit bestand. Und dementsprechend war auch ihre Politik.

Wo der Einzelne von uns früher stand, das ist heute nicht so wichtig, entscheidend aber ist, ob er es versteht, die Lehren und Nutzenwendungen aus den gemachten Fehlern zu ziehen, wobei es ganz gleichgültig ist, ob es sich um eigene oder fremde Fehler handelt. „Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, gründlich analysieren, die Mittel zur Ausmerzung der Fehler gründlich prüfen — das ist das Merkmal einer ernstesten Partei, das heißt Erfüllung ihrer Pflichten, Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse“. Diese Worte Lenins, des größten revolutionären Führers, sollen auch uns als Richtschnur dienen.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Insette: Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau; Lohndruck Th. Schetzky A.-G., Breslau; Neue Graupenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppen. Telefon 206 02.

Das deutsche Volkseinkommen

Das letzte Heft von „Wirtschaft und Statistik“ bringt eine aufschlußreiche Statistik über die Entwicklung des deutschen Volkseinkommens. Die Hauptergebnisse sind hier einer eingehenden Untersuchung, die demnach in den Einzelschriften der Statistik des Deutschen Reiches veröffentlicht wird, entnommen.

Seit Beginn der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Ausbruch des Weltkrieges ist das deutsche Volkseinkommen insgesamt von rund 25 auf 50 Milliarden gestiegen. In der Nachkriegszeit hat es 1929 mit rund 76 Milliarden den Höhepunkt erreicht. Im Jahre 1931 — dem ersten sich vollauswirkenden Krisenjahr — sank es auf 57 Milliarden Reichsmark. Für 1932 liegt eine Uebersicht noch nicht vor. Es ist aber damit zu rechnen, daß die Schrumpfung bei weitem höher ist, als zwischen dem Jahre 1929 und 1931.

Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen betrug das Volkseinkommen 1931 883 Mark gegenüber 1190 Mark im Jahre 1929. Für Inlandszwecke waren im Vorjahre rund 56 Milliarden oder 868 Mark auf den Kopf der Bevölkerung verfügbar. Im Jahre 1929 lauteten diese Zahlen 73,6 Milliarden und 1151 Mark. Je Kopf der Bevölkerung wurde 1931 ein um 15 v. H. höheres Einkommen ermittelt als im letzten Vorkriegsjahr.

Das, was hier gesagt ist, zeigt die nominale Entwicklung des Volkseinkommens, das heißt, daß mit der Steigerung nicht etwa eine ebensolche Steigerung der Kaufkraft zwangsläufig verbunden ist. Es ist vielmehr die Geldentwertung mit zu beachten. Denn im Vergleich der Kaufkraft des Gesamteinkommens betrug die Steigerung von 1913 bis 1929 nur 8 vom Hundert. Wird außerdem der Faktor der größeren Bevölkerungsdichte durch Berechnung der Kopfeinkommen ausgeschaltet, so schrumpft der Kaufkraftzuwachs zwischen 1913 und 1929 auf 1 vom Hundert zusammen. Wird ferner berücksichtigt der zahlenmäßige Einfluß des veränderten Alleraufbaues (durch Rückgang der Geburten wird die Zahl der sogenannten Vollpersonen bzw. Familienmitglieder, die für Angehörige zu sorgen haben, im Gesamtanteil der Bevölkerung höher), so ergibt sich 1929 je „Vollperson“ eine Abnahme von rund 5 vom Hundert. Dieses statistische Ergebnis steht durchaus im Einklang mit unseren eigenen Erfahrungen, die zeigen, daß unser Lebensniveau, verglichen mit dem Stand der Vorkriegszeit, auch in den Jahren der „Hochkonjunktur“ 1925 bis 1929 niedriger war.

Aufschlußreich ist die Entwicklung des Aufbaues des deutschen Volkseinkommens.

Für Lohn und Gehalt

wurden im Jahre 1928 und 1929 etwa 43 Milliarden aufgewandt. Im Jahre 1930 dagegen 9,6 und 1931 33 Milliarden. Die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland erhielten 1931 10 Milliarden weniger als zwei Jahre vorher. Mehr als jede andere Bevölkerungsschicht litten sie unter der Krise.

Ein besonderes interessantes Kapitel ist die Einkommenschichtung. Im Jahre 1913 entfielen auf die Einkommensstufen bis

1500 Mark jährlich rund vier Fünftel der Einkommensbezieher. In den „mittleren Stufen“ von 1500 bis 6000 Mark stand ein knappes ein Fünftel, während in den Stufen über 6000 Mark der Rest von zirka 2 vom Hundert zu verzeichnen war. Wenn dem gegenüber die Einkommenschichtung im Jahre 1928 — die letzte durchgearbeitete Statistik dieser Art — betrachtet wird, so ergibt sich folgendes Bild: Von den insgesamt 31,2 Millionen Einkommensbezieher — das arbeitslose Einkommen von Rentnern, Vermögenden usw. ist hier unberührt — waren rund 28 Millionen, das sind über 89 Prozent vom Hundert der Gesamtzahl, in den Einkommensstufen bis zu 3000 Mark, während der verbleibende Rest von 3,2 Millionen oder 11 Prozent der Einkommensbezieher mehr als 5000 Mark Einkommen jährlich hatte. Hierbei ist besonders bemerkenswert, daß

über 18 Millionen Einkommensbezieher weniger als 1200 RM. im Jahre hatte.

Diese Statistik über Einkommenschichtung ist also mehr als vier Jahre alt. Die Häufung des Elends, die schon nach diesen Angaben in dem Jahre 1928, also zur Zeit der „Hochkonjunktur“ erschütternd ist, dürfte für die Gegenwart ein wesentlich anderes Ausmaß haben.

An Hand dieses hier zitierten statistischen Ergebnisses ist die Konzentrations-theorie in vollem Maß bestätigt. Denn in diesen nackten Zahlen ist eine fast unvorstellbare Häufung menschlichen Elends enthalten. Die Widersprüche des kapitalistischen Systems werden den Rahmen dieser Wirtschaftsordnung sprengen. Der Aufbau des Sozialismus kann aber nur unter zielklarer Führung einer revolutionären Partei durchgeführt werden. Die SAP will diese Führung den Massen geben, deshalb sind uns diese Ergebnisse kapitalistischer Statistik Ansporn, unsere Arbeit zu verstärken, weil wir wissen, daß nur die Vorbereitung der außerparlamentarischen Aktion die Voraussetzungen des Sieges der proletarischen Revolution ist. Hegla.

Mehrleistungen in der Angestelltenversicherung

Berlin, 2. Dezember.

CNB. Der Verwaltungsrat der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat am 29. November eine Sitzung beschlossen, die die Altersgrenze für den Bezug von Waisenrente und Kinderzuschüssen vom 15. auf das 18. Lebensjahr erhöht. Voraussetzung ist hierfür Schul- und Berufsausbildung des Kindes. Die höhere Altersgrenze gilt auch dann, wenn das Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu erhalten. Diese Leistungserhöhung, zu der die Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung auf Grund der Juni-Notverordnung ermächtigt war, erstreckt sich auch auf die Ersatzkassen der Angestelltenversicherung und tritt rückwirkend ab 1. Oktober 1932 in Kraft. Wie der DHV dazu mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister die gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung zu diesen Mehrleistungen bereits erteilt.

IHR VORTEIL

ist es, wenn Sie noch heute für sich und Ihre Familienangehörigen eine

LEBENSVERSICHERUNG

abschließen. Niedrige Prämienätze, günstige Versicherungsbedingungen und größte Sicherheit bietet Ihnen die

VOLKSFÜRSORGE

Gewerkschaftlich — Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft Hamburg 5, An der Alster 57—61



Auskunft erteilen die Rechnungsstellen oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 57—61

„Wohlfahrtspflege aus dem Glauben“

W—g. Schon im Mittelalter hat die Kirche „Wohltätigkeit“ geübt. Diese Wohltätigkeit war schon damals dadurch gekennzeichnet, daß nicht nur für den sündigen Leib gesorgt wurde, sondern daß jeder Löffel Bettelsuppe von einem frommen Segensspruch oder Gebet begleitet war. Die Kirchen haben von jeher gewußt, daß man die Geister nur beherrschen kann, wenn man den Leib nährt; sie haben mit einem Wort den marxistischen Grundsatz, daß das Sein das Bewußtsein bestimmt, Jahrhunderte hindurch theoretisch bestritten und durch die Tat als richtig erwiesen.

Von diesen Grundsätzen wird auch heute wieder, in der Zeit der Erwerbslosigkeit und des Arbeitsdienstes, ausgiebiger Gebrauch gemacht. Weit davon entfernt, zuzugewinnen,

daß die Wohltätigkeit der Kirche einzig und allein dem Zweck des Seelenanges und der Erhaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung dienen soll,

sind die Theoretiker der verschiedenen Konfessionen bemüht, mit dem Werkzeug kirchlicher „Wissenschaft“ zu beweisen, daß die einzig wirkliche Wohltätigkeit die „Wohltätigkeit aus dem Glauben“ ist.

Vor einer auserlesenen Gesellschaft von hohen Staats- und Kirchenfunktionären hat sich am 29. November eine Tagung des „Schlesischen Provinzialvereins der Inneren Mission“ und des „Evangelischen Provinzial-Wohlfahrtsdienstes“ in Breslau abgehalten, in langatmigen Ausführungen zu beweisen, daß die evangelische Wohlfahrtspflege in der Liebe zum Mitmenschen im Sinne des neuen Testaments einzig und allein begründet sei. Es wurde weiter ausgeführt, daß auf diese Weise die evangelische Wohlfahrtspflege der „aus mannigfachen anderen Überlegungen ausländischen Denkens“ entsprungene Wohltätigkeit überlegen sei.

„Evangelische Wohlfahrt geht den ganzen Menschen an; denn sie sucht den gemeinsamen Zusammenhang von Leib und Seele. Ihm wird gerecht eine Wohlfahrtspflege aus dem Glauben.“

Wir sind in der Lage, diese Wohlfahrtspflege aus dem Glauben an Hand eines Beispiels aus der allerletzten Zeit zu illustrieren. Vielfach wird die verwerfliche Einrichtung des Arbeitsdienstes von kirchlichen Organisationen unter dem Motto: Wohlfahrt aus dem Glauben durchgeführt. Neuerdings hat sich diese Art Wohlfahrt auch der arbeitslosen Jungarbeiterinnen zu bemächtigen begonnen.

Eine Berliner Abendzeitung konnte vor wenigen Tagen berichten, wie von den Kirchen der „Arbeitsdienst für die Zwecke „christlicher Erziehung“ nutzbar gemacht wird. Offiziell werden die Arbeitsdienstlerinnen mit Näharbeiten für die Winterhülle beschäftigt. Sie verdienen dabei etwa 10 Pfennig am Tag und erhalten Wohnung und Kleidung für die Zeit des Arbeitsdienstes. Darüber hinaus dient ein tägliches Unterrichtsfach „Lebenskunde“ der religiösen Erziehung der Arbeitslosen. Dort wird der lächerliche Versuch unternommen, den Jungarbeiterinnen einzuhämmern, daß es ihre Pflicht sei, „ein Leben in christlicher Demut“ zu führen. In dem weiblichen Arbeitsdienst ist wie in einer Zwangserziehungsanstalt die Freizeit beschränkt. Nur weiblicher Besuch darf empfangen werden. Drei Abende der Woche sind mit Unterrichtsfächern belegt, an den anderen Abenden müssen die Mädchen um 10 Uhr zu Hause sein. Sie dürfen auch nicht einzeln ausgehen, sondern nur zu mehreren. „Männerbekanntschaften und Freundschaften sind verpönt.“ Die Wände in der Erziehungs- — Entschuldigungs — Arbeitsdienstanstalt sind mit Kreuzen und Bibelsprüchen verziert. Zur musikalischen Ausbildung der Zöglinge — Entschuldigungs — Arbeitsdienstwilligen sind Gesangbücher der entsprechenden Konfessionen in großer Zahl vorhanden. Ein harmloses bürgerliches Wan-

derlied gilt in diesen Mauern als eine revolutionäre Angelegenheit, die nur unter besonderen Umständen die üblichen Choräle abzulösen vermag.

Die in der Nähe dieser kaum noch von einer Erziehungsanstalt überlasteter Sorte zu unterscheidenden Arbeitsdienstkasernen wohnenden Leute sehen mit Verachtung auf die „beiden frommen Schwestern“ herab. „Die Mädchen sind in ihren Augen die zweitrangig, eben Mädchen, die erzeugt werden, Menschen ohne Freiheit.“

Wenn man diese erschreckenden Tatsachen mit den schönen Worten der Geschäftsführer aller Konfessionen über die Wohlfahrt aus dem Glauben vergleicht, so wird nur zu deutlich, daß es sich um nichts anderes handelt, als um Maßnahmen zur Erhaltung und zangsweisen Wiedereinführung der Religionen für die Erwerbslosen. Das revolutionäre Wollen der vom kapitalistischen System zum allmählichen Verhungern gezwungenen soll umgewandelt werden in christliche Duldsamkeit und Demut, die

Kampflieder des Proletariats sollen verdrängt werden durch christliche Choräle.

Das, was gegenwärtig unter dem Kennwort „Wohlfahrt aus Glauben“ geschieht, ist eine schamlose Ausnutzung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeitslosen. Die Furcht vor dem Hunger verschließt dem einzelnen den Mund, und so kann der Anschein erweckt werden, als wäre die arbeitslose Jugend damit einverstanden, von christlichen Jünglingen und Pastoren zu verlogenen Muckern erzogen zu werden.

Wohlfahrt und Wohltätigkeit im Klassenstaat hat nichts mit neotestamentarischer Liebe zu tun. Wohlfahrtspflege im Klassenstaat ist eine Notmaßnahme der herrschenden Klasse zur Erhaltung der Macht. Wohlfahrtspflege im Klassenstaat in der Zeit des Niederganges der herrschenden Klasse ist letzte Rettungsmaßnahme einer Gesellschaft, die nicht einmal mehr imstande ist, ihre Sklaven als Sklaven am Leben zu erhalten. In diesem Zeichen des Klassenstaates und des Niederganges der Bourgeoisie, nicht im Zeichen der Liebe und Barmherzigkeit steht das Wohlfahrtswesen der Gegenwart.

Baron von Zedlitz verhaftet Im Zusammenhang mit dem Kynauer Sprengstoffdiebstahl

Waldenburg, 2. Dezember.

Wie gemeldet, wurde im Zusammenhang mit dem Sprengstoffdiebstahl in Kynau am 17. November d. J. der früher in Kynau beschäftigte Rentmeister Hungerecker von der Kriminalpolizei verhaftet. Im Verlaufe der Vernehmungen des Hungerecker haben sich starke Verdachtsmomente gegen den Baron von Zedlitz, den Förster Tietze und die Hausdame des Barons, Fräulein Ziedow, ergeben, die sich so weit verdichteten, daß die Verdächtigen gestern Abend durch Kriminalbeamte dem hiesigen Gerichtszeltnis zugeführt wurden. Die Verhaftungen haben großes Aufsehen erregt.

Alle unsere Behauptungen, daß sogenannte „prominente“ Kreise der Nazis hinter all diesen Sprengstoffdiebstählen und damit hinter den Attentaten und Anschlügen stecken, bewahrheiten sich immer mehr.

Wie sie uns bekämpfen

Strehlen, 2. Dezember.

Nachdem ein Jugendgenosse mit einer bombastischen Uebertrittserklärung in der „Arbeiterzeitung“ seinen Uebertritt zur KPD bekanntgab, hat jetzt auch der Berichterstatter der „Volkszeitung“ dazu das Wort ergriffen. Er gibt seiner Freude in einem Artikel über dieses große historische politische Ereignis Ausdruck. Auf die Einzelheiten in diesem Bericht wollen wir hier nicht eingehen, weil

ewig ein Rätsel bleiben wird, wie eine Redaktion solch Geschwätz überhaupt aufnehmen kann. Hauptsache, es ersetzt den Leitartikel. An unseren Genossen muß es in Zukunft liegen, den sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, mit was für üblen Hetzmethoden man gegen uns nur operieren kann.

Neues Zuchthausurteil

Gleiwitz, 2. Dezember.

Das Sondergericht Gleiwitz verurteilte den Maurer Goldmann wegen versuchten Totschlags, Jagdvergehens und unbefugten Waffenbesitzes zu sechs Jahren drei Monaten Zuchthaus und zehn Jahren Ehrenrechtsverlust. Goldmann versuchte am 27. Oktober dieses Jahres, einen Heger, der ihn im Walde beim Wildern ertappte, zu erschließen. Der Schuß prallte jedoch am Gewehr des Hegers ab, das dieser vor sein Gesicht hielt. Die beiden Komplizen des Täters wurden zu einem Jahr Gefängnis bzw. 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Ein Opfer eigenen Leichtsinns

Glogau, 2. Dezember.

Der Schlosser Karl Michel aus Noßwitz fuhr trotz des dichten Nebels, der schon auf 100 Meter jede Sicht unmöglich machte, mit seinem Motorrad im 60-Kilometer-Tempo die Raudtener Straße dahin; obendrein die linke Straßenseite benutzend. Beim Ausweichen vor einem Kraftwagen stürzte er und wurde so schwer verletzt, daß er im städtischen Krankenhaus Glogau bald nach der Einlieferung starb.

Zentrale Funktionärversammlung der SAP Breslau

Dienstag, den 6. Dezember, im Bergkeller
Referent Genosse Sternberg Berlin
spricht über

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des ADGB und der SAP

Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch der SAP

Erschellen müssen alle SAP-Genossinnen und Genossen, welche eine Funktion bekleiden, in Partei, Betrieb oder in den proletarischen Massenorganisationen Mitglieder haben als Gäste Zutritt

Parteischule der SAP Breslau

Heute um 19 Uhr und morgen vorm. 10 Uhr, im großen Saal der Moritzschen Gemeinde, Grünstraße: Wochenendkursus mit Gen. Dr. Fritz Sternberg, Berlin.

Thema: der Niedergang des deutschen Kapitalismus

Erwerbslose: Vorverkauf beide Kurse 15 Pf., an der Kasse je Veranstaltung 10 Pf., Verdienende: Vorverkauf beide Kurse 25 Pf., an der Kasse je Veranstaltung 20 Pf.

Die Veranstaltungen mit Dr. Fritz Sternberg sind bekanntlich immer schnell ausverkauft, deshalb ersuchen wir sofort um Abholung der Karten.



SAP

Bezirks Mittelschleusen: Sekretariat: Breslau, Kleine Holzstraße 3. Telefon 567 68

Abt. Obdauer Tor: Frauenversammlung am Montag, 5. Dezember, 20 Uhr, bei Palunk, Gasth. s. Kolibri, Kretscham Ofenerstr. Alle Genossinnen haben zu erwachen. Ref.: Gen. Eckstein.

Abt. Scheitgall: Frauenversammlung am Montag, 5. Dezember, 20 Uhr, im Heim, Hirschbtr. 79. Jede Genossin muß vertreten sein.

Distrikt 61: Distriktsversammlung im Kipke-Ausschank, Frankfurter Str. 174. Ref.: Gen. Oppler.

Achtung, Stadteil Zimpel: Bischofswalde: Montag, 5. Dezember, pünktlich 19.30 Uhr, Jahreshauptversammlung. Es ist Pflicht jedes Mitgliedes, zu erscheinen!

Distrikt 13, 14, 11: Dienstag, 6. Dezember, 20 Uhr, im Zentralbühnen, Distriktsversammlung. Ref.: Gen. Oppler.

Distrikt 23, 28: Funktionärversammlung im Hennig-Ausschank, Fürststr. 107.

Distrikt 24: Achtung, Montag, 5. Dezember, 20 Uhr, findet die Jahreshauptversammlung bei Hoppe, Ritterplatz 12, statt. Es ist Pflicht, daß sämtliche Mitglieder pünktlich erscheinen.

Sekretariat: Kl. Holzstr. 3
Sprachstunden Dienstag Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde
Abt. Nikolaitor.

Achtung, Eltern u. Falken: Wegen des bestehenden Burgfriedens muß jedes Elternmitglied und jeder Falke sein Mitgliedsbuch und Falkenausweis zum Elternfest am Sonntag, 4. Dezember, 16 Uhr, mitbringen. Gäste müssen Einladungskarten erhalten; diese sind beim Abt. Leiter, Gen. Vater und bei den Helfern zu haben. Wir treffen uns 14.30 Uhr am Westpark und gehen geschlossen zu Brauer, Popelwitzstraße.

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeiterinnen der Metallindustrie:

Sonntag, 4. Dezember, vormittags 9.15 Uhr, Besichtigung des Museums für Kunstgewerbe und Altertümer. Treffpunkt pünktlich 9 Uhr, vor dem Hauptportal, Graupenstr. 14.

Klempner u. Hilfsarbeiter: Montag, 5. Dezember, 19.36 Uhr, Zimmer 9.

Formier u. Berufsgenossen: Donnerstag, 8. Dezember, 19.30 Uhr, Zimmer 9, außerordentliche Branchensammlung.

Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen: Freitag, 9. Dezember, 19.30 Uhr, Zimmer 10.

Heilmannmontage u. Helfer: Sonnabend, 10. Dezember, 19.30 Uhr, Zimmer 6.

Achtung, Arbeitslose Metallarbeiter: Donnerstag, 8. Dezember, 14 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Versammlung. Tagesordnung: Metallarbeiter wird über: „Skandalöser Untertätigkeitsnach und tarifbedingte Lohnkürzungen“ sprechen. Aufgaben laufen die Filme: „Ein ausgekochter Junge“ und die Wochenschau. Der Eintritt ist frei. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Ortsverwaltung.

Erfolg verpflichtet.
das Erreichte mit Aufbietung aller Kräfte zu sichern.
Deshalb ist unser ganzes Streben darauf gerichtet, auch weiterhin in
JUNO
dem Raucher eine Cigarette hoher Qualität und gleichmäßiger Frische zu verbürgen.
Dies verlangt den Ausschluß unsachlicher Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickeren.
So wahr Juno ihren Ruf!

Wenn die Reichswehr filmt

Schwere Unfälle beim „Choral von Leuthen“

Berlin, 2. Dezember.

Der Filmregisseur Carl Froelich dreht einen neuen Epochenfilm unter dem Titel „Der Choral von Leuthen“. Die Filmgesellschaft hat dabei nicht nur von der Reichswehr die Erlaubnis erhalten, auf Reichswehrgelände Aufnahmen zu machen, sondern, wie bürgerliche Blätter melden, sind auch zwei Reichswehregimenten bei der Herstellung des Films als Komparsen beschäftigt worden, und zwar das Infanterieregiment 9 und das Reiterregiment 4, beide aus Potsdam.

Abgesehen davon, daß die Reichswehr hier für einen offensichtlich politischen Film den berufsmäßigen Filmschauspielern, die heute bittere Not leiden, Konkurrenz macht, ist es bei den Filmaufnahmen wiederholt zu Unfällen gekommen. Gestern sollte an den Hitzbergen eine große Reiterattacke gefilmt werden, bei der Angehörige des Reiterregiments 4 und zwei Bataillone des Infanterieregiments 9 mitwirken sollten.

Bei den Reitern kam es zu einem schweren Massensturz, als, anscheinend durch falsche Regieanweisungen, die Reiter mitten in das „Fußvolk“ hinfuhren.

Es entstand eine Panik.

Reiter, Pferde und Mannschaften des Fußvolkes wälzten sich auf dem Boden. Sieben Verletzte mußten ins Lazarett nach Potsdam übergeführt werden. Der Reichswehrrichter Künzler hat das Gehirnerschütterung davongetragen, sechs Filmstatisten haben schwere Knochenbrüche erlitten.

Wie es heißt, hat das Reichswehrministerium eine Untersuchung der Vorgänge eingeleitet.

Ein zweites Reichswehrglück ereignete sich in der Nähe von Kicker im Kreise Naund. Dort fuhr ein Auto der Stettiner Fahrschule der Reichswehr, das Reichswehroffizier nach Treptow zum Schartschienen befördern sollte, gegen einen Baum.

Der Unterfeldwebel Köppen wurde sofort getötet.

Der Autoführer, Oberleutnant Ritter, erlitt Knochenbrüche und innere Verletzungen, der Leutnant Weiß brach ein Bein.

O welche Wonne ein Türke zu sein!

W—g. Schon seit Jahren ist der Vertreter der jungen türkischen Bourgeoisie, Staatspräsident Mustafa Kemal, darum bemüht, der Türkei den Stempel des europäischen und amerikanischen Kapitalismus aufzudrücken. Seit geraumer Zeit erfüllt Bewunderung ob dieser fortschrittlichen Gesinnung und Taten die bürgerliche Welt. Mit dem Siegeszug des modernen Kapitalismus sind die Reste der typisch asiatisch-feudalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverhältnisse gefallen. Kalifat und Monarchie sind beseitigt, der Fez ist von den Köpfen verschunden, kein Schleier verhüllt die Gesichter der mehr oder weniger schönen türkischen Frauen, in seiner die Forderung der europäischen bürgerlichen Revolutionen, die Trennung der Religionsorganisationen vom Staat, ist, wie behauptet wird, durchgeführt. Die alte arabische Schrift ist durch die europäischen lateinischen Buchstaben ersetzt worden.

Ein bürgerlicher Staat ohne entsprechende Geschichtsforschung ist undenkbar. So hat sich auch Staatspräsident Mustafa Kemal mit gewohnter Energie um die Herbeischaffung des notwendigen „Materials“ bemüht. Es ist gelungen. Der amtliche „Aussschuß zur Erforschung der türkischen Geschichte“ hat den ersten Abschnitt seiner Arbeit so gut wie vollendet, die neuen Bücher für den Geschichtsunterricht in der Türkei sind vollendet. Sie zeigen mit geradezu grotesker Deutlichkeit den Inhalt einer von der Bourgeoisie ausgehaltenen und ins Leben gerufenen Wissenschaft.

In diesen Büchern kann man lesen, daß alle Kultur, alle Kunst, alle Wissenschaft der Welt von den Türken geschenkt worden ist.

Da werden die türkischen Kinder endlich lernen können, welche Wonne es ist, ausgerechnet ein Türke zu sein, da doch die alten „Türken“ um 5000 Jahre früher in ihre Kulturentwicklung eintraten als die Europäer. Der Geist des Imperialismus ist aus den Kontoren und Bürohäusern der türkischen Kapitalisten in die Welt der Ideologie vorgedrungen. Der wirtschaftliche Imperialismus der neuen Türkei hat den geistigen Imperialismus erzeugt. Die Kinder in der Türkei werden bald genau so fest von der Mission des „Türkentums“ überzeugt sein, wie die jungen Faschisten in Deutschland, Italien, Polen oder sonst, wo der Imperialismus immer seine Blüten treiben mag. Die türkische Jugend wird so zu einem fügsamen Werkzeug der imperialistischen Politik der herrschenden Klasse gemacht.

Eine Nation, ein Heer, ein Imperialismus und jetzt eine Sprache, das ist das neue Ziel der türkischen Imperialisten.

Die allgemein von den „oberen Zehntausend“ in der türkischen Republik gesprochene Sprache ist das Osmanitürkisch. Daneben gibt es eine Fülle verschiedener Dialekte. Aus der geschichtlichen, der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Türkei hat es sich ergeben, daß die eigentlich sprachwissenschaftlich türkischen Bestandteile der Sprache den arabischen und persischen Ausdrücken gegenüber zurücktreten. Eine Erscheinung, deren marxistische Untersuchung viel Licht in die Geschichte der Türkei bringen dürfte.

Das hat das „nationale Gefühl“ der türkischen Imperialisten nicht ruhen lassen. Dieses „nationale türkische Empfinden“, diese Sehnsucht nach einer eigenen Sprache, hat eine „aufrichtige“ Grundlage. Die heutige Türkei umfaßt etwa 14 Millionen Türken, während angeblich über 20 Millionen im jetzigen und ehemaligen russischen Gebiet wohnen sollen. (Diese Zahl entstammt bürgerlichen Quellen und ist stark anzuzweifeln. Die Red.) Diese russischen Türken haben aus gerade für die Gegenwart verständlichen Gründen ihre Sprache reiner erhalten als die „Osmanitürken“. Und nun soll auf dem Unweg über die Sprach-

gleichung eine Annäherung zugunsten der bürgerlichen türkischen Republik vollzogen werden. Schon ist ein „Sprachkongreß“ abgehalten worden, schon schwebt eine amtliche Kommission bei der „Erforschung der türkischen Sprache“. Die türkischen Imperialisten können mit den Fortschritten ihrer ideologischen Arbeit zufrieden sein.

Allah wird umgetauft!

Die Moscheenverwaltungen der Türkei haben vor kurzem die Ausführungsbestimmungen des Sprachreformprogramms der Regierung erhalten; danach sind sie gezwungen, den Text des Abendgebetes in neutürkischer Sprache festzulegen. Alle Gebete, die bisher arabisch gesprochen wurden, müssen jetzt nach den Regeln der Sprachreform Kemal Paschas umgeändert werden. Auch der Name Allahs hat eine Veränderung erfahren. Er lautet jetzt „Tanrı“.

Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Türpe

6) (Nachdruck verboten.)
Auf der Suche nach Gold und Diamanten

Nach diesen anstrengenden und gefährlichen Erlebnissen im Urwald ging es mir für einige Zeit etwas besser. Ich hatte das Glück, verschiedene besser bezahlte Arbeitsmöglichkeiten zu finden, so daß ich mir eine kleine Summe sparen konnte. Bald lockten mich aber neue Abenteuer. In einer spanischen Fonda in Asuncion lernte ich Deutsche und Schweizer kennen, die erzählten, vor kurzer Zeit seien in Mato Grosso in Brasilien Diamant- und Goldfunde gemacht worden. Ein alter Segelschiffskapitän aus Danzig berichtete, er habe vor ungefähr zehn Jahren in dieser Gegend Gold und Diamanten gefunden und sei als wohlhabender Mann zurückgekehrt. Inzwischen hatte er allerdings durch Kartenspiel, Alkohol und allzu starke Vorliebe für Frauen alles wieder verloren. Da er die Gegend ziemlich genau kannte und sich als Fachmann in Gold- und Diamantfragen ausgab, wählten wir ihn zu unserem Führer, was zunächst bedeutete, daß wir ihm die ganze Ausrüstung kaufen mußten.

Mit dem Dampfer ging es den Paranáflus aufwärts nach der brasilianischen Stadt Corumba. Hier kauften wir Reit- und Packpferde, verstaute unsere Waffen, Werkzeuge und Zelte, und nach zweitägigem Aufenthalt ritten wir nordostwärts dem Inneren Brasiliens zu. Unser vorläufiges Ziel sollten die Montanas negras (schwarze Berge) sein. Nach drei Tagen hatten wir die letzten Siedlungen und Farmen hinter uns. Zwei Wochen lang ging es dann durch Wald, Prärien und kleinere Gebirge, bis wir endlich die schwarzen Berge erreichten.

An einem eingetrockneten Flußbett schlugen wir unser Lager auf. Zwei Mann gingen auf die Jagd. Die Gegend war sehr wildreich, so daß wir rasch unseren Fleischvorrat durch Rehe, Wildschweine und Waldhühner auffüllen konnten. Dann begannen wir am nahegelegenen Fluß mit dem Diamantwaschen. Man verwendet dazu eine flache, längliche Schüssel, die in der Mitte stark nach innen gewölbt ist. Sie wird mit Sand und Geröll gefüllt. Auf der einen Seite fließt das Wasser herein, auf der anderen fließt es wieder ab

Ein fideles Gefängnis

Der nationalsozialistische Amtsgerichtsrat Meynick war Allainrichter in Hasselfelde. Ihm unterstand auch das selten benutzte Amtsgerichtsgefängnis. In dieses Gefängnis wurde ein Strafgefänger eingeliefert, der sich Freiherr von Rabeneck und Freienfeld nannte, der aber in Wirklichkeit Metzger hieß. Metzger erhielt von seinem Vater regelmäßig erhebliches Taschengeld. Das Taschengeld wurde an den Justizwachtmeister Heuer adressiert, der es an den Gefangenen weiterleitete.

Amtsgerichtsrat Meynick, dem es vielleicht an Verkehr in dem einsamen Städtchen fehlte, freundete sich mit dem Strafgefängenen an und verschaffte ihm verschiedene Erleichterungen. So durfte Metzger mit dem Justizwachtmeister und dessen Frau

Autofahrten in die schöne Umgebung

unternehmen, ja sogar der Amtsgerichtsrat selbst begleitete den Gefangenen bei den Ausflügen, die bald nach dem Brocken, bald nach Nordhausen unternommen wurden. In Nordhausen suchte der Amtsgerichtsrat ein Café auf, während seine Gattin mit dem Gefangenen ins Kino ging.

Die Kosten der Autofahrten wurden von dem Strafgefängenen übernommen.

Auch die Kinder des Amtsgerichtsrats durften den Strafgefängenen begleiten.

Das Verhältnis zwischen der Familie des Amtsgerichtsrats und dem Strafgefängenen wurde allmählich so herzlich, daß man dem Gefangenen auch gestattete, allein in sein Gefängnis zurückzukehren. Der Amtsgerichtsrat ließ dann das Auto vor seiner Wohnung halten, stieg mit seiner Familie aus, während der Taxischaffner den Gefangenen bis vor die Gefängnistür bringen konnte. Nach einem derartigen Ausflug war das Gefängnis bereits geschlossen. Metzger besuchte deshalb noch allein ein Café und kletterte später über die Mauer.

Die ganze Umgebung von Hasselfelde konnte schließlich die Spazierfahrten des vornehmen Gefangenen mit der Familie des Amtsgerichtsrats. Zur Kenntnis der Behörde gelangte der Fall aber erst, als ein Strafgefängener, der die Freiheiten des Metzger voll Neid sah, eine Beschwerde einreichte. Amtsgerichtsrat Meynick wurde nach Braunschweig versetzt. Das Verhältnis zwischen der Familie des Richters und dem Gefangenen ist so herzlich gewesen, daß der Gefangene in einem Brief an die Gattin des Amtsgerichtsrats schreiben durfte:

„Küß mir den Nazibub!“

womit der älteste Sohn des Amtsgerichtsrats gemeint war. Der Justizminister hat jetzt ein Dienststrafverfahren gegen Meynick eingeleitet.

Archäologische Funde

beim Dnjeprostroj

Die Stromschnellen des Dnjepr sind aus der Geschichte zahlreicher Völker als Uebergangsstellen bekannt, die sie bei der Wanderung aus dem asiatischen Innerland nach Europa überschritten. Deshalb hatte das Volkskommissariat für Bildungswesen der Ukraine, als im Zusammenhang mit dem Plan des Staudamms von Dnjeprostroj die Unterwasserzersetzung dieser Felsen erörtert wurde, eine besondere archäologische (altertumskundliche) Kommission eingesetzt, die die Umgegend der Stromschnellen untersuchen sollte.

Die Kommission begann ihre Arbeiten im Jahre 1927 und führte sie bis 1932 durch, und zwar auf einer Strecke von 100 Kilometern — von der Insel Chortitza bis zur Stadt Dnjepropetrowsk. Die Expeditionen sammelten reichlich geschichtliches archäologisches (altertumskundliches) Material, das zahlreiche Fragen löst, die bisher unaufgeklärt waren und die Geschichte der Völkerwanderung betreffen.

Es wurden fünf Siedlungsstätten aus der paläologischen Epoche (Steinzeit) gefunden, Steingeräte, Produktionsabfälle, Wohnhausreste usw. Ferner: etwa 50 Stätten aus der neolithischen Periode (jüngere Steinzeit — Steinwerkzeuge, bereits geschliffen) — stei-

nerne polierte Axte, verschiedene Gegenstände aus Knochen, Keramik, Bronzeschmuck, 30 steinerne Opfereinrichtungen, einige hundert altertümliche Grabstätten, ein sarmato-gotisches Stadion (Sarmaten, ein nomadischer Volksstamm an der Nordküste des Schwarzen Meeres), Ueberreste von slawischen Siedlungen.

Von besonderem geschichtlichen Wert sind die auf dem Felsen der Wolniaki-Strahmschnelle entdeckten Maße der Urmenschen.

Insgesamt wurden 120 000 verschiedene altertümliche Gegenstände aufgefunden. Ungefähr 6000 photographische Aufnahmen wurden von Funden gemacht, die im Museum nicht untergebracht werden konnten. Das gesamte aufgefundenen Material wurde wissenschaftlichen Institutionen übergeben, die die Funde bearbeiteten und klassifizierten.

(Moskauer Rundschau)

Großfeuer in Lübeck

Lübeck, 2. Dezember.

Der Holzschuppen des Hobelwerkes Krickhuhn am Klug-Hafen, der mit riesigen Holzvorräten angefüllt war, wurde heute durch ein Großfeuer völlig vernichtet. Die Lübecker Feuerwehr, die mit sämtlichen Löschzügen angezogen war, mußte sich darauf beschränken, das Ueberspringen des Feuers auf die daneben liegenden Holz- und Sägewerke zu verhindern. Nach mehreren Stunden war es den Wehren gelungen, das Feuer einzudämmen und ein Uebergreifen auf die in der Nähe liegenden Gebäude und Holz- und Kohlenlager zu verhindern. Ob Personen bei dem Brande zu Schaden gekommen sind, steht noch nicht fest.

Zwei Todesunfälle beim freiwilligen Arbeitsdienst

Bahlingen (Breisgau), 2. Dezember.

Bei Tunnelarbeiten in der Nähe von Zillhausen wurden zwei Arbeitsdienstwillige erschüttert. Der eine war sofort tot, der andere erlag bald darauf den schweren Verletzungen.

Hexen werden verbrannt

Aus Bogota in Kolumbien wird gemeldet, daß in einem Dorfe, Santa Salva del Norte, eine alte Frau mit ihren zwei Töchtern verbrannt worden ist. Die Dorfbewohner glauben nämlich, daß sie hexen könnten. Deshalb steckten sie des nachts die Hüfte der drei Frauen in Brand. Die drei vermeintlichen Hexen wurden von den Flammen im Schlafe überrascht und sind bei lebendigem Leibe verbrannt. Aberglaube und Hexenwahn sind unsterblich, wie es scheint.

Wolfsplage in Livland

Riga, 2. Dezember.

In Livland im Kreise Wolmar haben sich Wölfe in bedrohlicher Anzahl eingemistet. Die Wölfe zerreißen nicht nur Vieh und Pferde, sondern überfallen auch schon Reisende auf den Landstraßen.

Fünf Kinder durch den Einsturz eines Mauerpfellers verletzt

Weidenau (Westfalen), 3. Dezember.

Auf dem Gelände der im Abbruch stehenden Rolandhütte stürzte ein Mauerrest der neben einem schweren Tor stehenden Umfriedung ein. Fünf Kinder, die sich aus dem in seinen Angeln beweglichen Torflügel eine Schaukel gemacht hatten, wurden unter dem Pfeiler begraben und trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Ein Kind erlitt einen doppelten Schädelbruch.

(Fortsetzung folgt.)

Der Weg zurück Vom KJV geholt

Vor ungefähr drei Monaten waren zwei unserer SJV-Genossen der Gruppe Stralau zum KJV übergetreten, in dem guten Glauben, daß der KJV von innen heraus zu reformieren sei. Heute bereits ist es diesen Genossen klar geworden, daß es unmöglich ist, innerhalb des Kommunistischen Jugendverbandes eine andere Meinung zu vertreten, als die offizielle vom ZK herausgegebene. Unsere Jugendgenossen haben zwar nicht den KJV reformiert, sind aber nach ihren eigenen Worten von ihrer ehemaligen Auffassung kuriert und zwar gründlich. Die Genossen haben sich im KJV nichts weiter zuschulden kommen lassen, als daß sie konsequent die Auflösung vertreten haben, daß die RGO liquidiert werden müsse, um eine revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften zu ermöglichen. Trotzdem den Mitgliedern des KJV in Stralau die Auffassung der Genossen bekannt war, haben diese den einen von den Genossen, die sie heute als Spitzel hinstellen, noch vor 14 Tagen als Polleiter der Gruppe vorgeschlagen. Bezeichnenderweise erschien am letzten Gruppenabend des SJV Stralau ein Kurier des KJV, der einen Brief über-

brachte, in dem die jungen Kommunisten den „Spitzelmethode“ des SJV ihre „tiefste“ Verachtung aussprachen. Die ganze Angelegenheit ist darum nicht unwichtig, weil es ab und zu immer noch Genossen im SJV gibt, die der Ansicht sind, daß es zweckmäßiger sei, unsere an und für sich richtigen Auffassungen innerhalb einer größeren Organisation zu vertreten. Wozu das führt, zeigt dieser Fall, der nicht alleine dasteht. Die beiden Genossen werden nun selbstverständlich, wie sie es vor ihrem Übertritt in den KJV getan haben, innerhalb des SJV für die Revolutionierung der Jungarbeiter kämpfen, und sie werden mithelfen, die wirkliche Einheitsfront des Jungproletariats zu schaffen.

Für Klassensolidarität!

Die Mitgliederversammlung des Bezirks Tiergarten hat folgende Resolution beschlossen: „An die Regierung des Freistaates Sachsen, an das Sächsische Justizministerium Dresden. Die Mitgliederversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei Berlin-Tiergarten nimmt mit Einpörung Kenntnis von dem Todesurteil des Chemnitzer Schwurgerichts gegen den Arbeiter Bartl. Dieses Urteil steht im Widerspruch zu dem Ergebnis des Prozesses, aus dem hervorgeht, daß Bartl nicht den tödlichen Schuß auf den Nationalsozialisten Kiebeck abgegeben hat. Trotzdem fällt das Chemnitzer Schwurgericht gegen Bartl das Todesurteil. Wir protestieren auf das schärfste gegen dieses Urteil, fordern dessen sofortige Aufhebung und die Freilassung des Verurteilten.“

Eine gemeinsame Zellenversammlung der SAP und KPD im Bezirk Kreuzberg faßt folgenden Beschluß:

„Die am 28. November tagende gemeinsame Zellenversammlung der SAP und KPD Kreuzberg

protestiert gegen die ständigen Verbote der Arbeiterpresse, insbesondere des Verbotes der „Roten Fahne“, und die Ausdehnung des Burgfriedens bis zum 2. Januar.“

Ebenso protestieren sie gegen die Urteile der Sondergerichte. Sie erheben flammenden Protest gegen das Todesurteil gegen den Genossen Bartl.

Sie richten an alle Arbeiter und Arbeiterorganisationen den Appell, gemeinsam gegen die Verfolgungen der Arbeiterorganisationen und die Sondergerichte zu kämpfen. Insbesondere an die sozialdemokratischen Klassengenossen richten wir den Appell, zu

erkennen, daß jeder Schlag gegen revolutionäre Arbeiter und Arbeiterorganisationen auch ein Schlag gegen sie selber ist. Sie fordern alle Arbeiterorganisationen auf, in allen ihren Versammlungen zu protestieren gegen die Presseverbote, gegen die Sondergerichte, für die Freilassung Bartls!“

Wir fordern alle Genossen und Genossinnen auf, überall ähnliche Beschlüsse zustande zu bringen.



Berlin-Brandenburg

Montag, den 5. Dezember:
Bezirkleitungs-Sitzung 19 Uhr im Sekretariat.

Dienstag, den 6. Dezember:
Gewerkschaftstag, 20 Uhr, bei Schulz, Elisabethstraße 31. Ref.: Jakob Walcher: „Der B. V. G. Streik und seine Lehren“
Die Ortsgruppen teilen mit.

Sonntag, den 4. Dezember:
Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Vorm. 10 Uhr Treffpunkt bei Buchwald, Metzger Str. 24. Zeitungsagitation.

Montag, den 5. Dezember:
Ortsgruppe Neukölln: Gewerkschaftsmitglieder um 20 Uhr Versammlung bei Balke, Weser, Ecke Donaustr.

Ortsgruppe Tiergarten: Alle ZdA-Genossen besuchen die Werbe-Betriebsmitglieder-Versammlung in den Arminiusvallen.

Ortsgruppe Charlottenburg: 20.15 Uhr Bildungskursus bei Retschlag, Dankemannstr. 18.
Ortsgruppe Lichterberg: 20 Uhr Funktionärsitzung bei Schmidt, Wartenberger Str. 52.

Dienstag, den 6. Dezember:
Ortsgruppe Kreuzberg: 20 Uhr Diskussionsabend im Restaurant zum alten Turnerkreis bei Pech, Urbanstr. 51. Wir und die KPD!

Mittwoch, den 7. Dezember:
Ortsgruppe Tiergarten: 19 Uhr Funktionärs-Versammlung, 20 Uhr Mitglieder-Versammlung ohne Gäste Lokal Schobe, Lewetzowstr. 21.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg: Mitgliederversammlung im Ledigensheim, Pappelallee. Thema: „Die Lage in der SPD“ Ref.: Gen. Zwilling.
Ortsgruppe Kreuzberg: 20 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 19. Referat: „Unsere Feindziele“. Erklärungen.

Ortsgruppe Tempelhof: 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Renner, Mariendorf, Marienfelder, Ecke Dorfstr. Thema: „Arbeitsbeschaffungsprogramm“

SJV Bezirk Groß-Berlin

Sekretariat Magazinstr. 12a
Mittellungen der Bezirkleitung
Referentenschule: Montag, 20 Uhr, Beginn der Arbeitsgemeinschaft: „Strategie und Taktik des proletarischen Klassenkampfes“. Alle Genossen müssen bestimmt erscheinen.
Monatsprogramme für Dezember umgehend einzeichnen
Jungprolet erscheint am Anfang der Woche.
Erwerbslose Genossen: Mittwoch 11 Uhr, Sekretariat.

Aktionsbezirk Nord-Ost
Gründung einer Kindergruppe: Alle Genossen melden umgehend alle Adressen von Kindern an die Partei oder Jugendleitung.
Heimabend heute abend in Pankow
Zeitungsagitation heute, 10 Uhr, bei Buchwald.
Aktionsbezirk Ost
Mitgliederversammlung Montag, 20 Uhr, Helm Scharnweberstr. 22

Gruppenveranstaltungen (20 Uhr)
Montag:
Köpenick: Grünauer Str. 5: „Fahrtenerlebnisse“.
Moabit: Schleswiger Ufer 15: „Weshalb Freikorperkultur?“
Neukölln: Rosenstr. 12-13.
Südwest, Yorkstr. 11.

Dienstag:
Paul Levi, Gleimstr. 35: „Jugend in der heutigen Gesellschaft“.
Wärther Platz: Christburger Str. 7.
Mitte/Süd: Magazinstr. 12a
Mariendorf: Dorfstr. 7.
Charlottenburg: Sportplatz Westend.
Schöneberg: Hauptstr. 16.
Reinickendorf: Rosenthalerstr. 15, Bf. Wilmersdorf: Wilmersdorf 123.

Geschäftliches

Zwickau. Im „Deutschen Theater“ läuft bis Sonntag „Die Frau, die jeder liebt“. Henny Porten spielt eine lustige Doppelrolle: als Ladenmädchen und als die gefeierte Diva, die Frau, die jeder liebt. In den Betritten Fritz Kampers und Willy Forst. Das Programm bringt außerdem noch Eddi Polo als „Rasenden Reporter“ und eine Skitour zum „Groß-Venediger“.

Stettin

Feinbäckerei und Konditorei Gustav Tillack

Stettin, Grenzstraße 19
Täglich frische Backwaren jeder Art

Am 1. Dezember, nachm. 5 Uhr, verschied nach schwerem Leiden an Herzschlag, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter und Tochter

Genossin Frau Helene Lorenz geb. Hartmann

in ihrem 33. Lebensjahr

Dies zeigt tiefbetrübt an
Paul Lorenz und Kinder
Ida Hartmann als Mutter

Plauen, Vgtl.,
Lessingstr. 78

Die Einäscherung erfolgt Montag, 1 Uhr, im städt. Krematorium.

Schenke praktisch!

Für den Weihnachtstisch

empfiehlt in großer Auswahl:

- Kohlenkästen m. Deckel von 2,50 an
- Wärmeflaschen verschied. Ausf. „ 1,00 „
- Spirituskocher verschied. Ausf. „ 3,50 „
- Geißelscheren „ 1,50 „
- Christbaumständer „ 0,75 „
- Laubsägegarnitur „ 0,75 „
- Werkzeugkästen „ 0,75 „
- Schlittschuhe „ 3,50 „

Ernst Zimmer, Eisenhandlung
Klingenthal i. Vgtl.

Weihnachtsgeschenke

in Uhren, Gold- und Silberwaren, optischen Artikeln

kaufen Sie zu billigsten Preisen bei

Paul Kretzschmann
Uhren
Klingenthal i. Vgtl.

Sie kaufen am billigsten

im Modehaus Meinel

Klingenthal i. V.
Auerbacherstraße

Vergessen Sie nicht

als schönsten Weihnachtsgeschenk einen

Photo-Apparat

von Photo-Spezialhaus Knospe
Klingenthal i. V.
Oberwiesenthal i. E. — Sollin/Röben zu schenken.

Mein reichhaltiges Lager von den einfachsten bis zu den modernsten Kameras, bietet Ihnen genügend Auswahl. — Außerdem großes Lager in Zubehörtteilen, Platten, Rollfilmen u. Papieren. Gegen Vorzeigen dieses Inserates erhält jeder Käufer auf Apparate einen Rabatt von 5 Prozent bis 24. Dezember.

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Ski- und Sportstiefel

in sportgerechter Ausführung

kaufen Sie am billigsten im

Schuhhaus Hugo Jehring

Klingenthal i. V., Auerbacherstraße 43

„Der proletarische Weg aus der Krise“

von Walter Fabian

Eine Broschüre, die jeder Genosse und jede Genossin lesen muß
Zu beziehen durch das Sekr., Kl. Holzstr. 3. und durch alle Funktionäre

Preis 5 Pfennig

Juwelen Uhren Gold Silber u. optische Waren



Lieferant aller Krankenkassen Ihre preiswerte Bezugsquelle hierfür

Paul Becker, Uhrmacher und Optiker
Klingenthal i. V.

Zwickau

Besuchen Sie das Kino-Variété für jedermann

Deutsches Theater

Montag und Donnerstag Programmwechsel

Volkspreise: 35, 50, 70 Pfg.



Emil Flach

Auß. Plauensche Straße 19

Weihnachtsgeschenke große Auswahl:

Kaffee- und Speise-Service aller Preislagen
Geschenkartikel in Bleikristall u. Luxusporzellan

Säuerliche — Obst — Gemüse — Konserven

BACKWAREN

Niedrigste Tagespreise

Lebensmittelhaus Julius Bergfeld
Lessingstraße 10.

Werbt Abonnenten

Genossen Beachtet unsere Inserate!